

# 6 Wochen Ferien bewegen

**AARAU** Feuerprobe im Vorfeld der Abstimmung für die Ferieninitiative

**Die Initiative verlangt, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch haben auf bezahlte Ferien von jährlich sechs Wochen. Bei einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung über «6 Wochen Ferien für alle» mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga kreuzten vor kurzem Befürworter und Gegner die Klingen im Kultur- und Kongresshaus in Aarau.**

«Es ist uns eine grosse Ehre, Bundesrätin Simonetta Sommaruga in Aarau willkommen zu heissen», begrüsst FDP-Fraktionspräsident Daniel Heller die zahlreichen Gäste des Diskussionsabends. Die Bundesrätin – gerne in ihre frühere Heimat gekommen wie sie erwähnte – erläuterte die Stellungnahme des Bundesrates. Die Belastung am Arbeitsplatz, der Stress, Termin- und hoher Arbeitsdruck, spreche für die Initiative, stellte die Bundesrätin fest und betonte, der Bundesrat nehme die Pro-Argumente sehr ernst. «Trotzdem empfiehlt der Bundesrat und das Parlament die Initiative abzulehnen», so Simonetta Sommaruga. Warum? Die Initiative sei nicht das richtige Mittel, um die Arbeitnehmenden zu entlasten und deren Gesundheit zu schützen. Die Initiative würde nur etwas bringen, wenn die Arbeit auf mehrere Hände und Köpfe verteilt werden könnte oder zusätzliches Personal eingestellt würde oder die Arbei-



Bild: Peter Remund

**Bundesrätin Simonetta Sommaruga: «Der Bundesrat ist nicht gegen Ferien, möchte sie aber nicht in der Bundesverfassung festschreiben»**

tenden ihre Arbeit in kürzerer Zeit verrichten würden, schilderte die Bundesrätin einleuchtend die Situation. Überdies habe sich die geltende Ferienregelung bewährt, ermögliche sie doch den Vertragsparteien sozialpartnerschaftliche massgeschneiderte Lösungen zu treffen wie flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit oder Jobsharing, sei der Bundesrat der Meinung. «Der Bundesrat ist nicht gegen Ferien, möchte sie aber nicht in der Bundesverfassung festschreiben», so die Bundesrätin. Auf die Frage von Moderator Jürgen Sahli bezüglich der persönlichen Bedeutung der Ferien, gestand die Magistratin, Ferien bedeuten ihr sehr viel, wichtig

sei es aber, auch im Alltag Inseln zu schaffen, um Energien zu tanken. Unter der Leitung von Jürgen Sahli nahmen die SP-Nationalräte Yvonne Feri und Max Chopard sowie die FDP-Nationalrätin Christa Markwalder und AIIIK-Präsident Daniel Knecht pointiert und sachkundig Stellung zum Thema. Yvonne Feri plädierte entschieden für ein Ja zur Initiative mit dem Argument, der Schweiz gehe es gut, warum sollte man den Arbeitnehmern dafür nicht etwas geben? Sechs Wochen Ferien, sie hätten es verdient. Max Chopard wies auf die stark veränderte Arbeitswelt mit der hohen Arbeitsbelastung für Arbeitnehmende hin, die einen zusätzlichen Ferienanspruch aus Gesundheitsgründen rechtfertige. Christa Markwalder befürchtet bei einer Annahme der Initiative eine starke Belastung der KMU, die heute schon unter dem starken Franken, den hohen Arbeitskosten und der unsicheren Wirtschaftslage leiden. Die Initiative – ein Eigengoal – lehnt sie daher entschieden ab. Daniel Knecht ist ebenfalls für ein Nein zur Initiative: «Dass wir gut unterwegs sind hat seinen Preis». Die Ferieninitiative schade den Arbeitnehmenden und gefährde Arbeitsplätze, sozialpartnerschaftliche Lösungen seien wirkungsvoller als starre Ferienregelungen, so der AIIIK-Präsident. Fazit: Gegner und Befürworter eint die Absicht, gesundheitliche Beeinträchtigungen im Berufsleben zu vermindern. Peter Remund